

INTERNATIONALISIERUNG - EINE EINBAHNSTRASSE ?

Die Frage, ob die Mitgliedschaft Österreichs bei der Europäischen Union einen Einfluß auf die Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft haben kann, soll anhand einiger kritischer Überlegungen geprüft werden.

Die eine Seite der Internationalisierung, also der Anteil ausländischer Eigentümer an österreichischen Unternehmungen einschließlich an Grundbesitz, war schon vor dem EU-Beitritt Österreichs im Verhältnis zu vergleichbaren Staaten überdurchschnittlich hoch. Die angekündigte weitere Privatisierung von Staatsvermögen - vor allem von Industriebetrieben und Banken - wird diesen Trend noch fortsetzen.

Umgekehrt nimmt sich die Internationalisierung österreichischer Unternehmen im Ausland ganz im Gegensatz zur Schweiz eher bescheiden aus. Das hat verschiedene, meist bekannte Ursachen. Willkürlich beginnend bei zwei verlorenen Weltkriegen, hat das fast 44 Jahre währende Wirtschafts-, Finanz- und Steuersystem, das unter anderem den Staatsanteil an der Wirtschaft hoch hielt und die Bildung von Eigenkapital nicht sehr begünstigte, entscheidend dazu beigetragen, daß nur wenige Unternehmen echte Internationalisierungsschritte wagten. Mittlerweile hat man vieles korrigiert, wenn auch mit allzu großer Verspätung. Auch das verkrustete Genossenschaftswesen im Schutze einer jetzt zu Ende gehenden „Marktordnung“ im landwirtschaftlichen Lebensmittelbereich war nur für wenige private Unternehmer eigenkapitalbildend.

Trägt Österreichs Mitgliedschaft bei der Europäischen Union jetzt zu einer stärkeren Internationalisierung Österreichs bei? Diese Frage läßt sich heute noch nicht eindeutig beantworten. Was das weitere Engagement ausländischer Firmen in Österreich anbelangt, könnte man davon ausgehen, daß dies zutrifft. Chrysler, Daimler-Benz, General Motors, BMW und andere mehr hatten schon lange vor unserem EU-Beitritt in Österreich investiert; diese Unternehmen haben kürzlich weitere große Investitionen in Österreich angekündigt.

Der freie Warenverkehr für die Erzeugnisse der genannten Unternehmen bestand aufgrund des Freihandelsvertrages zwischen der EG und der EFTA schon seit 1972. Es gab also, ausgenommen einige „sensible“ und landwirtschaftliche Produkte, im Warenverkehr zwischen Österreich und der EG keine

Zölle mehr. Jetzt mit 1.1.1995 sind auch einige administrative Erschwernisse weggefallen, allerdings auch neue hinzugekommen, wie umständliche Umsatzsteuerberechnungen und Statistikangaben. Wir wissen es heute wirklich noch nicht genau, ob die genannten Investoren bloß wegen unserer jetzt gegebenen EU-Mitgliedschaft ihr Engagement in Österreich weiter vergrößern oder ob sie dies auch andernfalls - bei einem Nichtbeitritt Österreichs - getan hätten, und zwar wegen jener Vorteile Österreichs gegenüber den anderen Ländern, die sie vor vielen Jahren bewogen hatten, im EFTA-Land Österreich zu investieren. Weitere Auslandsinvestitionen in Österreich werden in erster Linie wohl von den zu erwartenden Gewinnen und den Entwicklungen der Märkte abhängen.

WO SIND DIE MÄRKTE?

Beim Drang österreichischer Unternehmer, im Ausland zu investieren, spielt die Mitgliedschaft zur EU zur Zeit, wenn überhaupt, nur eine höchst untergeordnete Rolle. In erster Linie ist und bleibt es eine Frage des dafür zur Verfügung stehenden Eigenkapitals - vor übermäßiger Fremdfinanzierung warnen alle Fachleute - und der sonstigen verfügbaren Kapazitäten eines Unternehmens.

Wo sind nun die Zielgebiete für Investitionen österreichischer Unternehmen? Die Staaten der Europäischen Union, mit großem Abstand allen voran Deutschland, waren schon bisher unsere Hauptexportmärkte mit ca. 65 % Anteil der Gesamtexporte. Da die EU in allen Wirtschaftssparten, ausgenommen die in der EU zurückgebliebenen Zukunftssparten Elektronik und Gentechnik, wesentlich mehr erzeugt, als sie selbst benötigt, sind weitere Exportsteigerungen in diesem Markt nur im Verdrängungswettbewerb - zu vermutlich schlechten Preisen - möglich. Als Mitglied der Europäischen Union ist ein Produktionsstandort außerhalb Österreichs in einem anderen EU-Staat bei den vorherrschenden günstigen Frachtbedingungen nur bedingt sinnvoll. Also bleiben vor allem die Märkte Ost- und Südosteuropas, Nord- und Südamerikas und besonders Südasiens für internationale Vorhaben vorrangig bedeutsam. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß in den letzten 10 Jahren die Auslandsinvestitionen Deutschlands sprunghaft angestiegen sind, während die Auslandsinvestitionen in Deutschland drastisch zurückgingen. 1993 investierten die Deutschen 30 Mrd. DM im Ausland, außerhalb der EU, hingegen Ausländer

in Deutschland nur noch 1,8 Mrd. DM! Die Frage, die sich deutsche Unternehmer heute stellen, ist nicht, ob sie im Ausland investieren, sondern nur, ob sie dies in Osteuropa oder in Südostasien tun sollen.

DIE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DER EU SINKT

1994 hat die UNICE, der in Brüssel ansässige Dachverband der Europäischen Industrieverbände, einen für die EU wenig schmeichelhaften Bericht veröffentlicht: Europa hat in den vergangenen 20 Jahren, insbesondere im letzten Jahrzehnt, deutlich an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Europa ist seit über einem Jahrzehnt der Verlierer in der Triade. Europas Anteil am Welthandel ist geschrumpft, die Durchschnittseinkommen in der EU sind geringer als in der USA und Japan, das Wachstum war ebenfalls geringer, die Arbeitslosigkeit weit höher, die Geldentwertung stärker, die Arbeitskosten höher, die Rentabilität schlechter, die Forschungsausgaben geringer, der Hochtechnologie-Anteil geringer, die Staatsquote wesentlich höher (Japan 32%, USA 37%, EU 49%), die Haushaltsdefizite höher, ebenso die langfristigen Zinssätze, nur um die wichtigsten Indikatoren zu nennen. Besonders besorgniserregend ist dabei die Tendenz des Auseinanderklaffens. Ist es ein Zufall, daß bei zunehmender Integration der Rückstand Europas immer größer wurde?

QUO VADIS EU?

Um die künftige wirtschaftliche Entwicklung Europas abschätzen zu können, muß auch die weitere politische Integration der EU mit ins Kalkül gezogen werden. Welche Rahmenbedingungen wird es für den Wettbewerb geben?

Der Kerngedanke des Europas der römischen Verträge ist der Verzicht der nationalen Regierungen auf Regulierung und nicht deren Zentralisierung. Das bedeutet Integration durch Wettbewerb der Rechtssysteme und Standorte und nicht durch Vereinheitlichung. Bekanntlich setzen sich im Wettbewerb immer die besseren Systeme durch.

Europa war mit seinen Freihandelszonen EWG und EFTA am richtigen Weg. Nationalverkrustete Märkte werden aufgebrochen, z.B. Transport, Versicherungen, Energie, Telekommunikation. „Doch die Gegenreformation der Zentralisierer folgte am Fuße - der

Vertrag von Maastricht im Dezember 1991“, wie der bekannte deutsche Nationalökonom Prof. Wolfram Engels zutreffend feststellte: „Durch Zentralisierung werden Fehler nicht vermieden, sondern nur vereinheitlicht mit der Folge, daß sie dann nicht mehr als Fehler zu erkennen sind.“, so Engels. Nicht zuletzt deshalb wird von vielen der Unionsvertrag von Maastricht als ein Rückschritt auf dem Weg nach Europa bezeichnet.

DIE MUSIK SPIELT LÄNGST WOANDERS

Während sich EU-Europa mit großem EU-Bürokraten-Eifer weiter reguliert, harmonisiert, zentralisiert und vereinheitlicht, entstehen weltweit neue, aufblühende Märkte. Begonnen haben die „vier kleinen Tiger“ Südkorea, Taiwan, Honkong und Singapur, die, völlig unabhängig voneinander, aller Welt vor Augen geführt haben, daß auch arme Länder reich werden können, wenn sie nur eine effiziente Wirtschaftsordnung schaffen.

Heute bilden die 18 Staaten der Asia Pacific Economic Cooperation (APEC) den größten Wirtschafts- und Handelsblock der Welt. Zwei Drittel ihres Handels machen diese Länder untereinander. Sie sind damit bereits heute nach wenigen Jahren stärker miteinander wirtschaftlich verflochten als die EU nach drei Jahrzehnten der Integration - und das, obwohl sie drei Kontinente umspannen und ihr Entwicklungsstand stark auseinanderklafft.

SCHLUSSBEMERKUNGEN

Sollte die Europäische Union auf ihrem seit Maastricht eingeschlagenen Weg des Ausschaltens des innereuropäischen Wettbewerbs aller Systeme durch Harmonisierung, durch Zentralisierung und planwirtschaftliche Umverteilung sowie der Abschottung nach außen auch nach 1996 fortschreiten, dann bedarf es wohl keiner besonderen prophetischen Begabung um vorherzusehen, daß auch die Wirtschaft Europas den von der UNICE festgestellten Kurs beibehalten wird.

Prof. Engels sagte auch: „Länder, die das Kapital mit Regulierungen kujonieren und mit Steuern schröpfen, schreiben ihre Zukunft ab, denn das Kapital wandert aus.“ Auch auf diese Weise können Wien und Brüssel zur Internationalisierung Österreichs beitragen. Auf diese Weise könnte im 21. Jhdt. Europa zum Wurmfortsatz Asiens degenerieren.

Criticus anonymus